

## Plenarprotokoll der 108. Sitzung des nordrhein-westfälischen Landtags am 4.12.2008

Tagesordnungspunkt 9

### **Land muss Kommunen mit Cross-Border-Leasing-Verträgen bei der Abwendung von weiteren Risiken unterstützen**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 14/7955)

**Horst Becker** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer in der letzten Wochen aufmerksam Zeitung gelesen hat, konnte feststellen, dass es im Zusammenhang mit der Finanzkrise ein weiteres Feld gibt, auf dem sich nicht nur Löcher auftun, sondern auch Gefahren entstehen, und zwar für die Kommunen, die die sogenannten Cross-Border-Leasing-Geschäfte abgeschlossen haben. Soweit man hört, sind das in Nordrhein-Westfalen insgesamt 45 Fälle in mindestens 15 Städten. Unter diesen Kommunen sind auch einige mit Nothaushalt oder im Haushaltssicherungskonzept.

Ich will an der Stelle ganz deutlich sagen, dass ich persönlich bis heute der Auffassung bin, dass solche Geschäfte nirgendwo hätten stattfinden sollen. Ich persönlich bin auch der Auffassung, dass an der Stelle die kommunale Selbstverwaltung übertrieben worden ist, wo dies früher genehmigt worden ist, und zwar auch lange. Das sind aber inzwischen fast „Geschmacksfragen“.

Tatsache ist, dass diese Finanzgeschäfte die Kommunen in ganz erhebliche Schwierigkeiten stürzen. Wir wissen aus Medienberichten, dass zum Beispiel Städte wie Wuppertal, Bochum, Recklinghausen und Gelsenkirchen derzeit in Verhandlungen über die Frage sind, wie sie mit ihren Verpflichtungen und insbesondere mit den Risikoabsicherungspflichten umgehen können.

Die nur durch den amerikanischen Staat vor der endgültigen Pleite bewahrte American International Group, die in den Zeitungen meist unter AIG firmierende Versicherung, ist diejenige, die auch bei deutschen Kommunen die meisten Risikoabsicherungen gemacht hat. Wenn man diese Verträge bzw. ihre Art kennt, weiß man, dass diese Gesellschaft downgeratet worden ist und deswegen die Verträge verändert werden müssen.

Für solche Kommunen ist also eine extrem schwierige Lage entstanden. Vor diesem Hintergrund wundert es mich dann doch sehr, dass sich – wie in der Antwort auf meine beiden Anfragen nachzulesen – die Landesregierung in diesem Fall hinter der kommunalen Selbstverwaltung versteckt. Das ist übrigens die gleiche Landesregierung mit dem gleichen Innenminister, die sich ansonsten nicht scheuen, relative kleinteilige Vorgaben zu machen und zum Beispiel Haushaltssicherungskommunen vorzuschreiben, dass sie ihre Kindergartenbeiträge erhöhen sollten.

Meine Damen und Herren, ich finde, das passt einfach nicht zusammen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Immer dann, wenn es schwierig wird, duckt sich diese Landesregierung weg. Das, Herr Innenminister, sollten Sie nicht tun, sondern Sie sollten sich in solchen Fällen auf die Kommunen zubewegen, mit ihnen und den Bezirksregierungen zusammen nach Lösungen suchen.

Es geht nicht darum, diesen Kommunen möglicherweise ihre Schulden abzukaufen, und es geht auch nicht darum, diesen Kommunen Kredite dafür zu geben, sondern es geht darum,

dass wir mit den Instrumenten, die wir im Land haben – ich denke zum Beispiel an die NRW.BANK –, aber auch in Gesprächen mit dem Bund und möglicherweise mit Hilfe der KfW-Bank über kombinierte Lösungspakete tatsächlich dafür sorgen sollten, dass die Kommunen entweder aus diesen Risiken herauskommen und nicht deutlich mehr bezahlen müssen, weil diese Institute eben downgeratet worden sind, oder wir es sogar gemeinschaftlich schaffen, eine Ablösung eines Teils dieser Verträge hinzubekommen und damit aus diesem Risiko herauszukommen. In Parenthese: Ich höre von einer beabsichtigten Möglichkeit, mit der die KfW am Bundesfinanzminister gescheitert ist.

Das, meine Damen und Herren, ist das, von dem wir glauben, dass es die Landesregierung initiieren sollte. Ich wäre froh, wenn wir uns gemeinsam auf diesen Weg machen könnten. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das komplette Plenarprotokoll finden Sie unter: <http://www.landtag.nrw.de>